

Erscheinung

täglich mit Ausnahme von
Sonntagen und Feiertagen.

Bezugspreis

vierteljährlich 3,50 M. frei ins
Haus geworfen; durch die Post-
bezogen 3 M. 25 Pf.

Wochenarten: 26 Pf.

Einzelnummern kosten

10 Pf.

Kreis-Zeitung

für den Ober-Taunus-Kreis.

Anzeigenpreis

die viergespaltene Garmond-
zeile oder deren Raum 20
Pfg.; im Nachdruckteil die
Petitzeile 35 Pfg. — Nach-
satz bei öfteren Wiederhol-
ungen. — Laufende Wohn-
ungsanzeigen nach Ueberein-
kunft.

Geschäftsstelle

Eulsenstraße 73, Fernruf 414
Postfachkonto Nr. 11965
Frankfurt a. M.

Die Bewegung im Reiche.

Eine rheinisch-westfälische Republik.

Köln, 4. Dez. (W. B.) Zwei Riesenversammlungen forderten heute Abend nach Aussprachen des Reichstags-
abgeordneten Trimborn, des Volksbeauftragten Barth, sowie
des Chefredakteurs Hoeber unter gewaltigem Beifall die
baldige Proklamierung einer dem Deutschen Reiche ange-
hörigen selbstständigen rheinisch-westfälischen
Republik unter folgendem Wortlaut: 5000 rheinische
Bürger und Bürgerinnen, die am heutigen Abend in der
Bürgergesellschaft zu Köln versammelt sind, fassen folgende
Entscheidung: In Anbetracht der tiefgreifenden politischen
Umwälzungen im deutschen Reiche und in der Erkenntnis
der völligen Unmöglichkeit, in Berlin eine geordnete Re-
gierung zu schaffen und in der Überzeugung, daß die
Länder am Rhein nebst Westfalen politisch, kulturell und
wirtschaftlich ausreichend staatsbildende Kräfte besitzen,
gibt die Versammlung den festen Willen zum Ausdruck, die
Einheitslichkeit des Reiches zu wahren und den Wieder-
aufbau des neuen deutschen Staatswesens von den Län-
dern am Rhein und Westfalen aufzunehmen. Die Ver-
sammlung fordert deshalb die anerkannten Vertreter des
Volkswillens aller Parteien im Rheinland und Westfalen
und den anderen Ländern am Rhein auf, baldigst die Pro-
klamierung einer dem deutschen Reiche angehörigen selbst-
ständigen rheinisch-westfälischen Republik in die Wege zu
leiten.

Berlin, 6. Dez. Unter der Überschrift „Die Reuge-
staltung Preußens“ wendet sich die „Deutsche Allgemeine
Zeitung“ gegen die Loslösungsbestrebungen im Westen:
Niemand, der sich mit der Frage der Reugestaltung der
deutschen Reichsverfassung ernsthafter beschäftigt, wird im
Zweifel sein können, daß die Kompetenzabgrenzung zwi-
schen Reich und Bundesstaaten eine andere werden würde
als in der gegenwärtigen Verfassung. Solange aber nicht
feststeht, welche Befugnisse dem Reiche, und welche seinen
Gliedstaaten zustehen werden, sei es nicht nur ein mühe-
loses, sondern auch höchst gefährliches Unternehmen, an die
Aufteilung Preußens zu gehen und neue Staatsbildungen
aus seinem Körper herauszunehmen zu wollen; weil es im
Auslande den Eindruck erwecken müßte, als seien die
separatistischen Strömungen zugleich antinational. Die
Herren Trimborn und Barth kennen als erfahrene Poli-
tiker die Hoffnungen und Wünsche, die in Frankreich auf
die Abspaltung des linken Rheinufer und seine Ver-
einigung mit Frankreich oder doch wenigstens auf die
Bildung eines neutralen Pufferstaates gehegt werden.
Sie hätten sich sagen müssen, daß ihr Vorgehen Rhein-
bundeserinnerungen in Frankreich wachrufen werde. Ganz
anders wird es erst sein, wenn die Nationalversammlung
ihre Sitzungen begonnen habe. Vorher aus Bestimmungen
über voreilig angekündigte Verfügungen und Maß-
nahmen auf religiösem und materiellen Gebieten neue
Staatsbildungen in die Wege zu leiten, scheint ein Unter-
fangen zu sein, das in den schweren Zeiten, die unser
Vaterland gegenwärtig durchmacht, nicht weiter verfolgt
werden sollte, und zwar von Männern, die sich sonst als zu-
verlässige deutsche Patrioten erwiesen haben. Eine Lehre
wird uns dieser Versuch sein: Daß nichts dringlicher ist,
als eine rasche und gesicherte Wahl aller deutscher Stämme
zur Nationalversammlung.

Die „Germania“ schreibt: Die Kunde über staatliche
Selbstständigkeitsbestrebungen im Rheinland wird die Re-
gierung nicht nur als drohende Geste betrachten dürfen.
Sie wird sie sich als erste Mahnung und Warnung zu Herzen
zu nehmen haben, daß sie den Bogen der Diktatur auf
kerikalem Gebiete nicht weiter überspannen dürfe. Wir
können die Lage Deutschlands betrachten, von welcher
Seite wir wollen; die Verhältnisse schreiben überall gerade-
zu nach schleunigster Schaffung einer neuen Rechtsgrund-
lage.

In der „Freisinnigen Zeitung“ wird gesagt: Nur mit
tiefstem Bedauern wird man in Preußen von dem Beschluß
wegen Gründung einer Republik Rheinland-Westfalen
Kenntnis nehmen. Man möchte hoffen, daß es nur bei den
Beschlüssen der beiden Bürgerversammlungen bleiben
wird, die auf dem Wege zur Tat wieder hinfällig würden.

Die „Kölnische Zeitung“ sagt: Die schleunigste Ver-
fassung der Nationalversammlung sei jetzt eine Frage auf
Tod und Leben.

Essen, 5. Dez. (W. B.) Wie der A. u. S. Rat mit-
teilt, ist am Dienstag eine „Verbindung“ aufgehoben
worden, welche die Befestigung des A. und S. Rates bis
in die Einzelheiten vorbereitet haben soll. Verschiedene
Anzeichen schienen dafür zu sprechen, daß die Gegenrevo-
lutionäre in Verbindung mit dem Oberbürgermeister und
dem in der Kruppvilla „Hügel“ einquartierten Stabe einer
Division stünden. Während der Verhandlungen mit den
auf „Hügel“ in Frage kommenden Herren wurden zur
Sicherung der dorthin entsandten Deputation einige an-
gesehene Essener Bürger in Gewahrsam genommen. Ihre
Entlassung erfolgte, nachdem die Verhandlungen auf
„Hügel“ ergeben hatten, daß der Oberbürgermeister in
keiner Weise von seiner bisherigen forrechten Haltung ab-
gewichen war, und nachdem die Herren des Divisionsstabes
erklärt hatten, daß sie sich in keine Angelegenheiten
mischen würden, die außerhalb des Bereiches ihrer dienst-
lichen Aufgabe lägen. Einige der Beschuldigten sind in
Haft genommen worden.

Die feindliche Besetzung.

Die Besetzung Berlins?

Berlin, 4. Dez. (W. B.) Die „Deutsche Allgemeine
Zeitung“ berichtet: Wie ein amerikanischer Funkpruch
vom 29. November meldet, sollen alliierte und amerika-
nische Truppen Berlin zeitweilig besetzen, um dort Polizei-
dienste zu versehen.

Die Rheinlande.

Ludwigshafen, 5. Dez. (W. B.) Ein interalliierte
Kommission, bestehend aus vier französischen, einem eng-
lischen und einem amerikanischen Offizier, ist heute Mit-
tag, mit Sonderzug von Trier kommend, hier eingetrof-
fen und hat sich sofort in das Eisenbahndirektionsgebäude
begeben, um mit den maßgebenden Stellen über einige
technische Fragen zu verhandeln.

Kaiserslautern, 5. Dez. (W. B.) Heute vormittag
sind hier mehrere Tausend Mann französischer Truppen
eingetroffen, darunter die marokkanische Division.

Speyer, 5. Dez. (W. B.) Nachdem bereits heute vor-
mittag 9 Uhr ein Vortrupp von etwa 100 Mann einge-
rückt war, rückten um 12 Uhr weitere Besatzungstruppen,
und zwar das 51. Infanterie-Regiment und die 3. Genie-
kompanie, zusammen etwa 1500 Mann, ein. Sie zogen
mit klingendem Spiel durch die Stadt. Vor dem Prä-
sidialgebäude nahm der Divisionsgeneral die Parade ab,
worauf die Truppen unter Musik zur Kaserne marschier-
ten, wo sie einquartiert wurden.

London, 4. Dez. (W. B.) Die „Westminster Gazette“
schreibt: Die ersten Meldungen der Berichterstatter bei den
in Deutschland einziehenden Truppen lassen sicherlich nicht
vermuten, daß das Land am Verhungern ist. Die Bevöl-
kerung des Rheinlands lebt danach unter Verhältnissen,
wie sie Belgien und das besetzte Frankreich seit Jahren
nicht gekannt haben. Nichts läßt vermuten, daß die Be-
völkerung Entbehrungen durchgemacht hat. Wir können
nicht ganz Deutschland nach den Verhältnissen im Rhein-
land beurteilen, aber die Verbündeten werden stärkere
Beweise für eine Hungersnot verlangen, bevor sie Deut-
schland Lebensmittel opfern.

Keine Kündigung des Waffenstillstandes.

Stuttgart, 5. Dez. (W. B.) Auf eine Anfrage der
Heeresgruppe Herzog Albrecht teilte die Oberste Heeres-
leitung mit, es bestehe keinerlei Befürchtung, daß der
Waffenstillstand von der Entente gekündigt werde.

Die Sperre der Rheinschiffe.

Düsseldorf, 5. Dez. Die Belgier fordern im besetzten
Stadtteil im Wege der Requisition Vorräte sowie
Futtermittel für die Pferde. Die Handelskammer zu
Düsseldorf hat gegen die Sperre der Rheinschiffe durch die
Belgier bei der deutschen Waffenstillstandskommission Ein-
spruch erhoben. Vom Staatssekretär Erzberger ist dazu
dringliche Mitteilung eingegangen, daß er in Erfüllung
der Wünsche, die Milderung des Verbotes des Verkehrs
der beiden Rheinufer in Düsseldorf heute in Spaa bean-
tragen werde.

Die Volksernährung.

Der gegenwärtige Stand.

Frankfurt a. M., 6. Dez. (Priv.-Tel.) Eine sehr ernste
Schilderung unserer Ernährungslage entwirft, wie die
„Frankf. Ztg.“ aus Berlin erfährt, eine Note, die laut
„Kölnischer Zeitung“ das Reichsernährungsamt
an das Auswärtige Amt gerichtet hat und in der
es heißt:

„Das Rückgrat unserer ganzen Ernährungswirtschaft
bildete bisher die Versorgung mit Brotgetreide und Kar-
toffeln. Infolge der Grippe, der Unruhen und der Ar-
beitslosigkeit der Kriegsgefangenen usw. ist ein erheb-
licher Teil unserer Kartoffelernte in der Erde geblieben
und durch den frühen Frost vernichtet worden. Hingun-
kommt die ungeheure Transportkrise, die ebenfalls dazu
beigetragen hat, daß unsere Kartoffelvorräte nicht ord-
nungsmäßig haben eingewindert werden können. Die
Folge davon ist, daß die Hauptwohnbezirke nur noch für
wenige Wochen mit Vorräten versorgt sind und nennens-
werte Zufuhren nicht mehr erwarten können. Ein Durch-
halten der vorgesehenen Kartoffelration erscheint daher
schon heute als vollkommen ausgeschlossen, und höchstens
die Hälfte der Ration wird allgemein ausgekehrt werden
können. Die Getreideversorgung war nach der verfrühten
Inanspruchnahme der diesjährigen einheimischen Ernte in
erheblichem Maße auf Zufuhren aus dem Osten einge-
stellt. Infolge des Fortfallens dieser Zufuhren hat sich
die Lage der Reichsgetreidebestände derart ungünstig ge-
staltet, daß ihre Lagerbestände nur noch bis zum 7. Februar
1919 reichen, und auch dann nur, wenn die täglichen Zu-
fuhren in gleicher Höhe wie im Vorjahr erfolgen. Dies
erscheint aber nach Lage der Transportverhältnisse völlig
ausgeschlossen. Nach dem 7. Februar würde sich also
günstigenfalls nur eine Tagesration von 80 Gramm
Mehl, d. h. ein Drittel der gegenwärtigen Ration ver-
teilen lassen. Diese Lage bessert sich auch dann nicht
wesentlich, wenn die seit dem 1. Dezember zugestandene
Erhöhung der Brotration wieder rückgängig gemacht wird,
was aus technischen Gründen kaum vor dem 1. Januar
möglich sein würde. Hierbei ist zu bemerken, daß die Er-

höhung der Brotration seinerzeit ausschließlich aus poli-
tischen Gründen erfolgt ist.

Sehr trübe sieht es auch um die Ausfuhr unserer
Fett- und Fleischversorgung aus, da bekannt-
lich das Durchhalten der Fettwirtschaft auf die Zufuhren
der in Rußland angekauften Vollaarten eingestellt war.
Diese Vorräte sind naturgemäß nicht mehr abtransportiert
worden. Die einheimische Volkswirtschaft gestattet
deshalb nach dem völligen Zusammenbruch der Milchwirt-
schaft nur noch einen Wirtschaftsplan bis zum 1. April.
Bis zu diesem Tage steht aus der möglichen Aufbringung
von Milchfett und aus der Margarineerzeugung nur noch
ein Tageskopfsquantum von 3,3 Gramm zur Verfügung.
Die Fleischration, die für den größten Teil der verfor-
gungsberechtigten Bevölkerung nur noch eine Wochenkopfs-
menge von 100 Gramm vorsteht, kann auch nur unter Zu-
hülfenahme ganz beträchtlicher Zufuhren aufrechterhalten
werden. Ohne solche Zufuhren ist jedenfalls mit einer
starken Herabsetzung aller Lebensmittelrationen spätes-
tens zu Anfang Februar zu rechnen. Was das bedeuten
würde, geht daraus hervor, daß alsdann der Nährwert,
der heute schon nur noch ein Drittel des normalen Durch-
schnittsnährwertes herabsinken würde. Diese Tatsachen
würde ein langsames, aber sicheres Verhungern bedeuten.“

Die Note schließt mit dem Hinweis, daß die Sterblich-
keit in Deutschland in der Kriegszeit und insbesondere
in den letzten Jahren in erschreckendem Umfange zu-
genommen hat. Bereits im Jahre 1917 sind in Deutschland
infolge des Hungerkrieges von je 1000 Lebenden gleichen
Alters mehr als vor dem Kriege gestorben: im ersten
Lebensjahr 9,7, im Alter von 2 bis 5 Jahren 19,6 und im
Alter von 70 Jahren und darüber 33,4 Prozent. Noch
beunruhigender gestaltete sich die Sterblichkeit an Tuber-
kulose. Sie ist bei je 10 000 Einwohnern von 15,7 auf 31,7
gestiegen. Allein in den 380 deutschen Orten mit mehr
als 15 000 Einwohnern sind im Jahre 1918 43 320 Per-
sonen mehr an Tuberkulose gestorben als im Jahre 1913.
Noch eindrudsvoller prägt sich die Erhöhung der Sterblich-
keitsziffer in den Hauptwohnbezirken aus, und zwar ganz
besonders in den Ziffern für die weibliche Bevölkerung.
In Berlin ist die absolute monatliche Anzahl der weib-
lichen Todesfälle seit Oktober 1915 von 1097 auf 3136 ge-
stiegen. Die Zahl der Todesfälle an Lungenerkrankungen,
also hauptsächlich an Schwindsucht, weist eine Erhöhung
von 205 auf 1752 auf.

Zeit- und Streitfragen.

Süden und Norden.

Die in letzter Zeit so oft lautgewordenen Gerüchte von
Absonderungsbestrebungen in Süddeutschland haben noch
mehr Unruhe in unser innerpolitisches Leben hineinge-
tragen, als wie sowieso schon vorhanden war. Neuerdings
scheint ja von allen Seiten in dieser Beziehung das Be-
währungsregister gespielt zu werden. Immerhin sind fol-
gende Äußerungen, die der Kölnischen Zeitung aus einer
süddeutschen Quelle zugehen, bemerkenswert:

Schon während des Krieges war der Gegensatz, vor-
nehmlich zwischen Bayern und Preußen, häufig zu spüren.
Nach außen hin wurde er immer vertuscht, und die bayeri-
sche Regierung hatte nicht den Mut, energisch in Berlin
aufzutreten. Heute wird es den Männern, die in ihr saßen,
bitter leid tun, daß sie es nicht getan haben; denn hätten
sie es getan, so hätten sie vielleicht manches Unheil von
Deutschland und von Bayern abwenden können. Der Aus-
bruch der Revolution war zugleich ein Ausbruch der „Los-
von-Preußen“-Stimmung, und die einzige Sympathie, die
sich Herr Eisner erworben hat, erwuchs daraus, daß er,
der Berliner, am meisten gegen die Preußen tobte. Herr
Eisner wird voraussichtlich bald verschwinden, aber nicht
wird mit ihm der Anti-Preußen-Ruf verstummen, denn
er hatte sich darin nur zum Sprachrohr weiter Kreise in
Süddeutschland gemacht. Die separatistischen Pläne wer-
den, wenn man in Berlin richtig handelt, sich nicht erfül-
len. Aber ein anderes wird eintreten, der kulturelle
Schwerpunkt des Reiches wird eine Verschiebung erfahren.
Man wird auf das alte Kulturzentrum Deutschlands, auf
Mittel-, Süd- und Westdeutschland zurückkehren und Ost-
und Norddeutschland werden nicht mehr die führende Rolle
wie bisher spielen.

Es ist notwendig, daß man sich gerade in Berlin dar-
über klar wird, weil Berlin sehr viel dazu tun kann, we-
nigstens seine eigene Stellung zu wahren und das gewalt-
tätige Zentrum der Finanz und gewisser Industrien zu blei-
ben, und dadurch zu verhüten, daß nicht ein Verfall der
Stadt eintritt. Es liegt im Interesse Berlins, daß es
nicht die größte Provinzstadt Deutschlands wird, sondern
auf gewissen Gebieten die Führung behält. Die Zentral-
ämter des Reiches werden nur zum Teil in Berlin bleiben
und auch nur dann, wenn man sich hütet, weiter radikalste
Wege zu wandeln. Läßt man sich von den Linken der
Linken umgarnen, dann ist es damit auf immer vorbei.

Mohrenwäsche.

Amsterdam, 5. Dez. (W. B.) Nach einer Reutersmel-
dung aus Neuyork hatte der hiesige Korrespondent der
Associated Press am Montag eine Unterredung mit dem
früheren deutschen Kronprinzen auf der
Insel Wieringen, in der der Kronprinz u. a. sagte, er habe
auf nichts verzichtet und kein Dokument unterzeichnet;
aber wenn die deutsche Regierung eine Republik nach ame-

risanischem oder französischem Muster beschließen wollte, so würde er sich mit der Stellung eines einfachen deutschen Bürgers vollständig zufrieden geben und bereit sein, im Interesse seines Landes alles zu tun. — Auf die Frage, was er für den Wendepunkt im Kriege betrachte, sagte der Kronprinz, seine Überzeugung sei, daß Deutschland den Krieg Anfang Oktober 1914 verloren habe. Er habe die Lage Deutschlands nach der Schlacht an der Marne, die Deutschland nicht verloren haben würde, wenn die Generalstabschefs nicht nervös gewesen wären, für hoffnungslos gehalten. Er habe damals versucht, den Generalstab dazu zu bringen, Friedensverträge zu machen, selbst auf Kosten großer Opfer, wobei er selbst soweit habe gehen wollen, Elbath-Verträge aufzugeben. Er habe aber zur Antwort erhalten, daß er sich mit seinen eigenen Angelegenheiten beschäftigen und sich auf den Befehl über seine Armee beschränken solle. — Über den Beginn des Krieges sagte der Kronprinz: Gegenüber allen bisher im Ausland veröffentlichten Berichten erklärte er, daß er den Krieg niemals gewünscht habe. Von Anfang an sei er sicher gewesen, daß England an dem Kampf teilnehmen werde. Aber seine Ansicht sei vom Prinzen Heinrich und den anderen Mitgliedern der Familie Hohenzollern nicht geteilt worden. — Der Kronprinz sprach mit Erbitterung über die Arbeit des Generalstabes, die, wie er sagte, für eine Anzahl von Tritten verantwortlich seien, darunter für die große Märzoffensive dieses Jahres, an der im Widerspruch zu seiner eigenen Überzeugung, er habe teilnehmen müssen. Er erklärte ferner, daß Ludendorff die Haupttriebfeder der deutschen Kriegspolitik gewesen sei, während Hindenburg nur dem Namen nach der Leiter gewesen sei. Ludendorff und sein Stab habe die feindliche Truppenmacht fortwährend unterschätzt. Sie hätten nie geglaubt, daß Amerika so viele Soldaten senden würde, wie tatsächlich tat. Zum Schluß erklärte der Kronprinz, daß er Wilson bewunderte, der — dessen sei er sicher — dem deutschen Volk einen gerechten Frieden bringen wird.

Einheitliche liberale und demokratische Front.

Berlin, 4. Dez. (W. B.) Der Zusammenschluß der Deutschen Volkspartei und der Deutschen demokratischen Partei ist heute, wie die Nationalliberale Korrespondenz meldet, auf Grund der nachstehenden Vereinbarungen beschlossen worden: Angesichts der nun auch terminmäßig festgelegten Wahl zur Nationalversammlung und unter dem Eindruck der weitgehenden Bestrebungen im Lande, welche sich für eine Einigung aller liberalen Elemente mit wachsender Stärke aussprechen, sind auch die Parteileitungen der Deutschen demokratischen Partei und der Deutschen Volkspartei erneut zusammengetreten, um den Weg für eine Vereinigung beider Parteien zu finden. In der Aussprache ergab sich eine völlige Übereinstimmung darüber, daß die für eine programmatische Einigung ausgearbeiteten Richtlinien den Gedanken der Reichs- und Volkseinheit stark betont, daß ferner in der Frage der notwendigen Nationalisierung grundsätzliche Unterschiede nicht bestehen und daß die eigene wirtschaftliche und private Industrie unter Weiterführung der sozialpolitischen Gedanken die Grundlage unseres Wirtschaftslebens bleiben müssen. Nachdem über diese Grundgedanken sich eine völlige Einheitlichkeit der Auffassung herausgestellt hat, hat die Leitung der Deutschen Volkspartei, welche die in dem demokratischen Aufruf vom 16. 11. niedergelegten Richtlinien billigt, es für richtig gehalten, eine einheitliche Front des liberalen und demokratischen Bürgertums herzustellen und empfiehlt allen Parteien im Lande ein Zusammenwirken mit der deutschen demokratischen Partei auf dieser Grundlage.

Das Siedlungsland für Krieger.

Hunderttausende von neuen Bauernstellen.

Der Staatssekretär des Reichsarbeitsamts Bauer sagt in einem Aufruf an die heimkehrenden Landarbeiter und an alle, die vor dem Kriege auf dem Lande tätig waren: Geht nicht in die Städte und Industriebezirke! Dort fehlt es an Wohnungen und ist die Arbeitslosigkeit schon wegen der mangelnden Rohstoffe inapp. Auf dem Lande ist eine durchgreifende Umgestaltung der Besitzverhältnisse im Gange. Mehrere Millionen Hektar — Raum genug für Hunderttausende von selbständigen Bauernstellen — werden unter Mitwirkung der landwirtschaftlichen großen Berufsverbände zur Besiedlung bereitgestellt werden wie die gegenwärtigen Schwierigkeiten der Bau-Transport- und Geldverhältnisse es gestatten: bis dahin findet Ihr auf dem Lande Unterkunft und lohnende Beschäftigung.

Ein Gesetz ist in Vorbereitung, das die Gemeinden und Gemeindeverbände verpflichtet, für die Herstellung der nötigen Wohnungen in angemessener Frist Sorge zu tragen und Pachtland für den Haushaltsbedarf zu beschaffen. In allen Provinzen und Bundesstaaten erteilen

die Siedlungsgesellschaften, Gewerkschaften oder Arbeitsnachweiskassen Auskunft. Wie auch in dem Aufruf Hindenburgs in gleicher Angelegenheit gesagt wird, sollen Landwirte, Gärtner und ländliche Handwerker mit billigem öffentlichen Gelde angesiedelt werden. Auch an städtische Arbeiter, Handwerker und Gewerbetreibende richtet sich die Aufforderung des Reichsarbeitsamts.

Wer sich auf die Landwirtschaft versteht, oder willens ist, sie zu erlernen, sollte, wenn irgend möglich, auf das Land zurückkehren. Bis neue Wohnungen gebaut sind, werden sich viele bekümmern müssen, so gut es geht. Da aber unter Mitwirkung der großen landwirtschaftlichen Berufsverbände das großzügige Siedlungswesen in die Wege geleitet ist, so kann der arbeitswillige Mann auf dem Lande ein besseres Auskommen erwarten als in der Stadt mit ihrer vielfach darniederliegenden Industrie; er hat die Aussicht, sich auf dem Lande ein eigenes Heim zu erwerben. Viele können darauf rechnen, allmählich zur vollen wirtschaftlichen Selbstständigkeit aufzusteigen.

Letzte Meldungen.

Keine Internierung der Heeresgruppe Madensen.

Berlin, 5. Dez. (W. B.) Die deutsche Waffenstillstandskommission hat durchgesehen, daß von der Internierung der Heeresgruppe Madensen endgültig Abstand genommen wird. Die Rückführung der Truppen in die Heimat wird fortgesetzt. Eine größere Anzahl von Formationen hat die deutsche Grenze bereits überschritten.

Ein Militärzug verunglückt.

Stuttgart, 5. Dez. (W. B.) Am Mittwochabend ist auf dem Bahnhof Sulzbach-Murr der aus der Richtung Badnang kommende Militärzug 6879 auf den Schluß des am Bahnhof auslaufenden Militärzuges 5127 aufgestoßen. Ein Soldat wurde getötet, fünf Soldaten werden vermisst.

Lokale Nachrichten.

Bad Homburg v. d. H., 6. Dez. 1918.

* **Städtische Lebensmittelversorgung.** Zur Ausgabe gelangen: Frisches Fleisch und Wurst 125 Gramm und 125 Gramm Streckwurst, ferner Fleisch- und Gemüsekonserven (Erbsen mit Reis).

* **Reichskonferenz der Arbeiter- und Soldatenräte.** Wir machen auf die amtliche Bekanntmachung aufmerksam, nach welcher am Sonntag, den 8. Dezember, vormittags 10 Uhr, im Sitzungssaal der Stadtverordneten, die Wahl eines Delegierten des Reichstagswahlkreises Höchst-Homburg-München, zur Reichskonferenz der Arbeiter- u. Soldatenräte in Berlin stattfindet.

Wahlberechtigt ist der Vollzugsauschuss des Oberstaatsanwaltes und aus jeder Kreisgemeinde ein Vertreter des örtlichen Rates.

* **Die Zentrumspartei** wird am kommenden Sonntag, nachmittags um 4 Uhr, im Speisesaal des Kurkaufes eine Versammlung abhalten, wozu der Ausschuss alle Mitglieder und Freunde der Partei eingeladen hat. Redner ist Herr Kreisfachinspektor Dr. Hindrichs-Höchst.

* **Die Schließung des Generalkommandos Höchst.** Auf die heutige amtliche Bekanntmachung des Garnisonkommandos Höchst lenken wir die Aufmerksamkeit der Heeresangehörigen und die bereits entlassenen Mannschaften.

* **Kurhaus-Theater.** Daß die große Umwälzung im Reich auch die Bühne ergriffen hat, wird man gewahr, wenn man sich sagen läßt, mit welchen Schwierigkeiten, besonders eine etwas abseits gelegene Kunststätte wie Homburg, die auf auswärtige Kräfte angewiesen ist, gegenwärtig zu kämpfen hat, um den Theaterbetrieb aufrechtzuerhalten. Alle Abmachungen — des muß hervorgehoben werden — sind durch die Revolution gelöst und es hängt tatsächlich von dem guten Willen (und Können) der Theaterdirektionen, vor allem aber ihrer Künstler ab, ob sie früher getroffene Vereinbarungen erfüllen wollen oder nicht. Daß dadurch auch der vorgezeichnete Spielplan über den Haufen geworfen ist, braucht nicht erst gesagt zu werden. Man kann deshalb, landläufig gesprochen, schon von Glück sagen, wenn sich ein auswärtiges Ensemble beiläufig, Gastspielreisen zu machen. Daß diese durch den aufs äußerste eingeschränkten Personenverkehr ungemein erschwert werden, braucht man gleichfalls nicht weiter zu kommentieren. Gelingt es den Gästen zum Beispiel nicht nach der Vorstellung die Heimreise zu ermöglichen, so müssen sie hier übernachten (was jetzt recht kostspielig ist) und am nächsten morgen bereits um 5 Uhr von hier abfahren um rechtzeitig zu Hause die Probe mitmachen zu können. Vorzugesetzt, daß zwischenzeitlich nicht eine Zugveränderung stattgefunden hat, die stets in Rechnung zu stellen ist. Kein Wunder, wenn es unter solchen Umständen niemand gelüftet, eine Kunstreise zu machen. Bei den Mitgliedern des „Neuen Theaters“ in Frankfurt am Main kommen die drückenden Verkehrsverhältnisse weniger in Betracht, aber sie sind dort so ausreichend beschä-

tigt, daß sie nur dann und wann ein Gastspiel absolvieren können. Das verständige Theaterpublikum wird allem herausfinden, daß unsere Theaterleitung in dieser Winterzeit seinen leichten Standpunkt hat und sie appelliert durch uns an die Rücksicht der Theatergäste, falls einmal etwas nicht recht „klappen“ sollte. Auch die Straße, die heute die Kunst und ihre Jünger wankelt, wird wieder gangbar werden und dem jetzt schwankenden Theater eine bessere Fahrt ermöglichen. Bis dahin heißt es Geduld haben und Rücksicht üben und das will künftig auch die Kritik tun, soweit es ihr möglich ist. Es braucht wohl kaum erwähnt zu werden, daß die Kurverwaltung nach wie vor Sorge trägt, renommierte Kräfte zu einem Gastspiel im Homburger Kurhaus-Theater zu bewegen. Da ihr das immer gelingen wird, muß dahingestellt bleiben.

Was die gestrige Aufführung des hier schon öfters gegebenen Lustspiels „Comtesse Guderl“ durch die Mitglieder der Darmstädter Hofbühne anbelangt, dürfte die Aufführung dieses so unterhaltenden Stücks im allgemeinen befriedigt haben. Besonders hervorzuheben haben sich in größeren Rollen die Damen Gothe (Cilli) und Meißner, als Trägerin der Titelrolle, sowie die Herren Spielleiter Baummeister (Hofrat), Schneider (Badekommissar) und Harprecht (v. Neuhoff). Gut charakterisierte Frihi Rieß die Hofrätin und Herr Heinz, ferner ein sehr talentierter Menschendarsteller, verschaffte seinem General Suwaschewski Respekt beim Publikum. In einer Nebenrolle fand Herr Hermann als Diener Wenzel verdiente Beachtung.

Die Kurverwaltung hatte unseren selbstgekauften Ehren-gästen Plätze in den Logen und Rängen und den ganzen Orchesterraum zur Verfügung gestellt. Wie sehr das anerkannt wurde, hörten wir im Vorbeigehen.

* **Höchstpreise im besetzten Gebiet.** Sehr energisch gehen die Franzosen in den besetzten Rheingebieten gegen zu hohe Preise vor. Für gewisse Artikel sind Höchstpreise festgesetzt, die unseren Ohren märchenhaft klingen. Beispielsweise muß ein Liter Wein im Kleinhandel für 1,60 M. abgegeben werden. Eine Zigarette darf 10 Pfg. kosten. Eine Zigarette 3 Pfg. Toilettenseife muß das Stück für 40 Pfg. geliefert werden. — Verstecken und Verheimlichen der Vorräte ist mit hohen Strafen bedroht und außerdem steht den Besatzungstruppen das Recht der Durchsuchung der Magazine, Geschäftshäuser und auch der Privatwohnungen zu. Den Wuchern und Kriegsgewinnlern im Rheingebiet wird nicht besonders wohl bei diesen Preisen sein, denn wie bekannt, war in den Weingebieten der Preis für einen Liter Wein auf 1 bis 60 Mark gestiegen, und wie die anderen Artikel in Preise standen, das haben wir ja am eigenen Leibe erlebt und erleben es täglich noch.

Hus Nah und Fern.

* **Hus Frankfurt a. M.** In der Kronprinzenstraße sagte die Polizei Mittwochabend einen Bauern aus Schwalbach ab, als er auf einem Wagen einen schweren Ochsen und ein fettes Schwein, beide geschlachtet, im Schleichhandelswege hiesigen „Kunden“, die er aber nicht verraten hat, zuführen wollte. Das Fleisch wurde beschlagnahmt, der Bauer vorerst verhaftet. Neben der ständigen Polizeiwache wurde von heute ab das Polizeipräsidium noch mit einer Anzahl Matrosen besetzt.

* **Nied a. M., 5. Dez.** In der Krimstraße machte sich Mittwoch früh an einem Sammelhaufen ein überaus starker Gasgeruch bemerkbar. Als ein Arbeiter mit Gasmaske den Haufen untersuchte, fand er auf dem Boden einen 17-jährigen Knaben aus Höchst tot vor. Der Lebensmüde hatte den Deckel des Schachtes gewaltsam geöffnet und dann in der Tiefe das Ventil eines Gasrohrs aufgeschraubt. Der Gasarbeiter wurde bei der mühsamen Bergung der Leiche trotz Gasmaske selbst brennungslos und konnte nur mit größter Anstrengung gerettet werden.

* **Langenschwalbach, 5. Dez.** Einem hiesigen Kaufmann wurden 70 000 Zigaretten und 30 000 Zigaretten beschlagnahmt, die er während des Krieges zu hohen Preisen aus Gewinnsucht eingekauft hatte und nun noch höheren Preisen veräußern wollte. Jetzt muß der profitgierige Mann die Ware weit unter dem Einkaufspreis abgeben.

Kurhaus-Konzerte.

Samstag, 7. Dez., abends 8½ Uhr, 5. Sinfonie-Konzert unter Mitwirkung von Fräulein Helene Gergens. Leitung: Karl Ehrenberg. 1. Ouvertüre Alceste (C. W. Gluck mit Schluß von Weingartner. 2. Drei Tanzstücke (E. Gretry), aus dem heroischen Ballet aus Ceptob und Treeris. 1. Tambourin, 2. Menuett, 3. Cigue. 3. Konzert für Klavier mit Orchester W. A. Mozart), Allegro, Adante, Presto. 4. Sinfonie Nr. 2 in D-Dur (L. van Beethoven). Adagio molto — Allegro con brio, Largo, Scherzo: Allegro, Finale: Allegro molto.

Ausgabe von Lebensmitteln und Lebensmittelfarten.

Es gelangen folgende Lebensmittel zur Verteilung:

1.) **Frisches Fleisch und Wurst** 125 Gramm und 125 Gramm Streckwurst gegen Ablieferung der Fleischmarken f. d. Zeit vom 2. bis 8. Dezember am Samstag, den 7. d. Mts. von 2 Uhr an in den Metzgerläden.

1.) **Fleisch- und Gemüsekonserven** (Erbsen mit Reis) je 2 Personen erhalten 1 Dose Fleisch- und 1 Dose Gemüsekonserven zum Preise von 2,90 M. für 1 Dose Fleischkonserven und 60 Pfg. für 1 Dose Gemüsekonserven gegen Abstempelung der Lebensmittelfarte 1 in den sämtlichen drei städtischen Verkaufsstellen und zwar am:

Montag, den 9. Dezember f. d. Anfangsbuchstaben A—H

Dienstag, „ 10. „ „ „ „ Z—R

Mittwoch, den 11. Dezember f. d. Anfangsbuchstaben S—Z

3.) **Brot- und Zuckerkarten** am Samstag, den 7. d. Mts. nachmittags von 5—6 Uhr in folgenden Lokalen:

Bezirk 1: Neue Brücke (Kappns) Eingang Neue Brücke (sonst Bürgerschulturnhalle).

Bezirk 2: im Lebensmittelbüro, Zimmer 1.

Bezirk 3: im Rathaus, Stadtverordneten-Sitzungssaal.

Bezirk 4: im Saalbau.

Bezirk 5: in der Neuen Welt.

Die Lebensmittelfarte 1 ist mit vorzulegen.

Bad Homburg, den 6. Dezember 1918.

Der Magistrat.
Lebensmittelversorgung.

Der Arbeiterrat.